



Ein Blick ins Nürnberger Stadtparlament von oben: Aus dieser Perspektive können Bürger Stadtratsitzungen schon heute sehen und hören, von der Zuschauerempore aus. Damit sie künftig auch vom Computerbildschirm aus dabei sein könnten, bräuchte es technische Investitionen und Einigkeit. Foto: Andreas Franke

FDP setzt sich für den Livestream von Stadtratsitzungen ein

Mancher Politiker scheut die Kamera

VON MARCO PUSCHNER

Werden die Stadtratsdebatten künftig im Internet zu sehen sein? Alexander Liebel, Einzelstadtrat der FDP, hat das Thema im Rahmen seiner Haushaltsrede angesprochen und will demnächst einen entsprechenden Antrag an die Stadtverwaltung stellen.

Liebel möchte, dass zunächst die Debatten des Gesamtstadtrats (nicht der Fachausschüsse) gefilmt werden und dann zumindest in der laufenden Legislaturperiode im Netz zu sehen sind. Achim Mletzko, Fraktionsvorsitzender der Grünen, ist ebenso für die Übertragung und plädiert sogar für eine unbegrenzte Archivierung der Bilder. Es wäre doch reizvoll, meint der Fraktionsvorsitzende der Grünen, wenn man sich heute eine Stadtratsdebatte von 1952 anschauen könnte. Durch Aufzeichnungen könnten „digitale Zeitdokumente“ entstehen.

„Der Aufschlag von Liebel hat uns gefreut“, sagt Mletzko. Die Grünen haben 2011 einen ähnlichen Antrag gestellt, auch später kam das Thema immer mal wieder hoch – Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) und die Stadtspitze legten jedoch stets Veto ein. Neben datenschutzrechtlichen Erwägungen spielte dabei unter anderem eine Rolle, dass man die Hemmschwelle zum Reden möglichst gering halten wollte. Kein Stadratsmitglied sollte sich wegen einer Kamera davon abhalten lassen, das Wort zu ergreifen.

„Wer für den Stadtrat kandidiert, entscheidet sich dazu, ganz bewusst und freiwillig an die Öffentlichkeit zu gehen“, hält Liebel entgegen. Von den ehrenamtlichen Räten, aber auch von den hauptamtlichen Referenten müsse man daher erwarten können, dass sie das Publikum nicht scheuten. Auch Mletzko glaubt nicht, dass die Debattenqualität abnehmen würde. Er meint aber, dass es dabei bleiben solle, dass jeder von seinem Platz aus spricht – und nicht wie im Bundestag oder im Münchner Stadtrat für einen Redebeitrag eigens zu einem Pult mar-

schieren muss. „Das wäre ein alberner Vorgang.“ Vielmehr sollte die Kamera hinter dem Sitzungsleiter positioniert werden, die Namen der Redner müssten eingeblendet werden. Wenn nicht jeder Satz sitzt, geht die Welt nicht unter, findet der Grünen-Fraktionsvorsitzende: „Misslungene Redebeiträge gehören zur lebendigen Demokratie.“

Der Stadtrat sei ein Spiegel der Gesellschaft, deshalb gebe es bessere und schlechtere Redner, sagt auch Marcus König, Fraktionschef der CSU. Für ihn ist das kein Grund, von einer Live-Übertragung abzusehen.



FDP-Rat Alexander Liebel
F.: Harald Sippel

„Der Stadtrat tut sehr viel Gutes, wir müssen uns nicht verstecken.“

„Wir müssen das Kommunale mehr zeigen. Der Stadtrat tut sehr viel Gutes, wir müssen uns nicht verstecken.“

Marcus König, CSU-Fraktion

„Wir haben nichts zu verheimlichen“, sagt auch Vogel, der allerdings denkt, dass die Menschen die Bedeutung von Kommunalpolitik auch ohne Live-Übertragung einzuschätzen wüssten. Schließlich bekämen die drei Bürgermeister weitaus mehr Post von den Leuten als zum Beispiel Bundestagsabgeordnete.

Sowohl Brehm als auch Vogel betonen, das Ansinnen nicht gänzlich abzulehnen. Aber man stehe dem Vorhaben, wie es Brehm formuliert, „eher reserviert“ gegenüber. Zumal die beiden SPD-Politiker in Zweifel ziehen, ob der Aufwand den Ertrag lohnt. „Eine Stadtratsitzung ist von Spannungsgrad nicht mit ‚House of Cards‘ (eine US-amerikanische Fernsehserie, in der es um Politik geht, Anm. d. Red.) zu vergleichen“, sagt Brehm. Vogel verweist darauf, dass sich auf die Zuschauertribüne bei öffentlichen Sitzungen nur wenige Menschen verlieren. Sowohl Vogel als auch Brehm denken, dass nur eine Handvoll Bürger die Aufzeichnungen aufrufen würden. Und dafür müsste eine große

Investition getätigt werden. „Wir reden hier nicht über 5,20 Euro“, so Vogel.

Im Jahr 2013 hatte der damalige Organisationsreferent Wolfgang Köhler (CSU) ebenfalls vom fehlenden Kosten-Nutzen-Verhältnis gesprochen, als ein entsprechender Antrag der Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) im Ältestenrat des Stadtrats abgelehnt worden war. Köhlers Parteifreund König denkt aber, dass sich die Investition lohnen würde. „Wir müssen das Kommunale mehr zeigen. Der Stadtrat tut sehr viel Gutes, wir müssen uns nicht verstecken.“ Das Gremium werde vom Bürger zu wenig wahrgenommen.

„Wir haben nichts zu verheimlichen“, sagt auch Vogel, der allerdings denkt, dass die Menschen die Bedeutung von Kommunalpolitik auch ohne Live-Übertragung einzuschätzen wüssten. Schließlich bekämen die drei Bürgermeister weitaus mehr Post von den Leuten als zum Beispiel Bundestagsabgeordnete.

„Kommunalpolitik ist am nächsten an den Menschen dran“, sagt Liebel. Er könnte sich vorstellen, dass zum Beispiel Lehrer das neue Instrument nutzen würden, um ihren Schülern die Arbeit des Stadtrats zu erklären. Der FDP-Politiker würde zumindest gerne einen Versuchsballon steigen lassen. Sollte sich nach einem Jahr herausstellen, dass niemand die Filme anschaut, könne man das Projekt wieder einstellen.

Das Argument, dass die beiden Rechtsaußen-Stadträte von der BIA eine zusätzliche Plattform erhielten, überzeugt die Befürworter nicht. „Als Liberaler gehe ich vom mündigen Bürger aus, der zwischen ernsthafter Argumentation und billiger Polemik unterscheiden kann“, sagt Liebel. „Ich denke nicht, dass die BIA dadurch eine große Fangemeinde findet“, meint auch König. Noch deutlicher wird Mletzko. Er findet, dass sich die BIA-Räte „mit ihren Tiraden“ selbst entlarven, davor müsse man die Bürger nicht eigens schützen.

Bei Polizeikontrolle am Bahnhof

Drogendealer wehrt sich auf

Am Hauptbahnhof ist es zu einer heftigen Rangelei zwischen einer Zivilstreife der Polizei und einem Drogenhändler gekommen.

Die Beamten waren am Freitagnachmittag unter anderem auch im U-Bahnhof Hauptbahnhof unterwegs. Dabei fiel ihnen ein 21-Jähriger auf, der am Bahnsteig einem anderen jungen Mann offenbar Drogen verkaufte. Bei einer anschließenden Kontrolle weigerte sich der Verkäufer allerdings beharrlich, die Drogen herauszurücken. Er hatte sie, wie sich zwischenzeitlich ergab, im Mund versteckt.

Mehrfachen Aufforderungen, die Plomben auszuspuken, kam er nicht nach. Letztlich mussten die Beamten unmittelbaren Zwang anwenden, um den 21-Jährigen zur Raison zu bringen. Dabei kam es zu einer heftigen Rangelei. Der junge Mann versuchte unter anderem, einem Beamten in die Hand zu beißen. Im Anschluss trat er gegen den Oberschenkel des Polizisten. Dessen Kollegin bog er kurz darauf einen Finger um.

Doch alle Gegenwehr half nichts, die Beamten konnten den Beschuldigten festnehmen und fesseln. Sie erlitten zwar schmerzhafte Verletzungen,